



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **A 775 Anfrage Meier Anja und Mit. über die Bedeutung der eidgenössischen Abstimmung über das Medienpaket für die Medienvielfalt des Kantons Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Staatskanzlei**

Die Anfrage A 775 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 101 zu 1 Stimme zu.

Anja Meier ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Anja Meier: Ich danke für die Überweisung der Dringlichkeit und die Beantwortung. Ich verzichte auf Ausführungen zur Vorlage. Sie alle wissen, worum es geht: eine unabhängige, qualitativ hochstehende und vielfältige Medienlandschaft im Kanton Luzern als Basis für unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Regierung schreibt, dass die Luzerner Medienlandschaft beständig sei und im Kanton die Informationsvielfalt heute auf einem hohen Niveau gewährleistet und gut zugänglich sei. Jein sage ich dazu in Anbetracht gewisser beunruhigender, struktureller Entwicklungen, insbesondere einer Konzentration in der Luzerner Medienlandschaft und des Abbaus von redaktionellem Personal, der in diesem Rat auch schon Thema war. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme zur Motion M 3 von Rahel Estermann noch selbst geschrieben, dass diese strukturellen Entwicklungen dazu geführt haben, dass kantonale politische Themen nur noch ausnahmsweise kompetent eingeordnet und mit der nötigen Sorgfalt und Tiefe kontrovers behandelt und kommentiert werden können. Erfreut nehme ich zur Kenntnis, dass die Regierung die gefährlichen Auswirkungen einer Ablehnung des eidgenössischen Medienpakets auf dem Radar hat. Die Medienvielfalt im Kanton würde abnehmen durch zurückgehende Umfänge, weniger Medienschaffende, tiefere Qualitätsstandards und verschwindende Medientitel. Die Folge einer weniger lokalen und regionalen Berichterstattung sind weniger zuverlässige und Rechenschaftspflichtige Quellen für die politische Meinungsbildung. Dass die Regierung die gezielte Förderung von kleinen und mittleren Zeitungen als sinnvoll beurteilt, ist erfreulich, und genau das steht im Zentrum des eidgenössischen Pakets. Wer wird denn bei einer Ablehnung über den Architekturwettbewerb, über die Aufwertung eines Dorfzentrums, über die Petition in Dagmersellen zu Tempo 30 und über die Bauernwallfahrt in Stettenbach berichten? Es darf bezweifelt werden, dass beim Verschwinden des «Seetaler Boten» oder des «Willisauer Boten» andere Medien auf dem Platz Luzern, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu grösseren Medienkonzernen komfortabler aufgestellt sind, in die so entstehende Lücke springen und die Berichterstattung in allen Regionen unseres Kantons auf dem heutigen Niveau sicherstellen würden. Damit Regional- und Lokalnews weiterhin vorhanden sind und bezahlbar bleiben, müssen aber auch im Kanton Luzern die politischen Leitplanken dafür

gesetzt werden. Ein beherzteres Engagement für die bestehenden Ansätze einer kantonalen Medienpolitik hätte ich mir darum in den Antworten zu den Fragen 6 und 7 gewünscht. Die Regierung spricht zwar von einer intensivierten Kommunikation der Behörden gegenüber den Medien, aber unter einer Stärkung des unabhängigen und qualitativ hochstehenden Journalismus stellt sich die SP etwas anderes vor. Gerade weil Medien demokratiepolitisch relevant sind, wünsche ich mir, dass sich der Kanton mit mehr Kreativität und Bewusstsein für sie einsetzt. Unabhängig vom Abstimmungsausgang besteht für die SP ein Prüfbedarf kantonalen Anschluss- und Komplementärmassnahmen. Andere Kantone wie Graubünden, St. Gallen, Waadt, Genf und Bern tun dies bereits mit einem vielfältigen Ansatz, sei es direkt oder indirekt über eine Stärkung der Medienstrukturen. Beispiele sind die Übernahme gewisser nicht gedeckter Ausbildungs- und Weiterbildungskosten von Medienschaffenden, verbilligte Abonnements für Jugendliche, insbesondere online, die Unterstützung der digitalen Transformation von Redaktionen, der Erlass von Mieten für Zeitungsboxen im öffentlichen Raum, eine Stärkung der Regionalbüros der Schweizerischen Depeschagentur Keystone-SDA sowie die Förderung der Medienkompetenz an den Schulen. Wir freuen uns, wenn das Thema mittelfristig nicht vom Radar unseres Rates verschwindet.

Daniel Rüttimann: Vielen Dank der Regierung für die Beantwortung einer sehr aktuellen Thematik. Erfreulicherweise lässt sich festhalten, dass der Kanton Luzern heute noch über eine ausgeprägte und aktive Lokalmedienstruktur mit vielen Zeitungen verfügt, was ich persönlich als sehr wertvoll erachte. Wenn die aktuelle Situation der Medienlandschaft seitens der Regierung insgesamt als gut eingestuft wird, ist das einerseits erfreulich und ein Ergebnis bisheriger Bemühungen und guter Planung. Andererseits ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Medienlandschaft aktuell und zukünftig gefordert ist, um zeitgemäss und betriebswirtschaftlich gesund zu bleiben. Wer die aktuelle Abstimmungsbotschaft des Bundes aufmerksam liest, erkennt die Chancen und die Wichtigkeit der zeitlich befristeten Förderung. In den letzten 14 Jahren sind die Werbeeinnahmen der Zeitungen um 75 Prozent eingebrochen. Im Zentrum steht mittelfristig deshalb die finanzielle Sicherung der diversen Angebote. Wie die Regierung richtig feststellt, würde bei einem Nein der Schnauf zahlreicher Medien schneller ausgehen. Folglich würden also auch die Qualität und Quantität der Berichterstattung abnehmen. Dass diese Entwicklung für die politische und gesellschaftspolitische Meinungsbildung nicht optimal ist, erkennt laut Antwort auch die Luzerner Regierung. Die Wichtigkeit der Medien und das Interesse an guter Berichterstattung hat der Regierungsrat in der Stellungnahme zur Motion M 3 bereits 2019 bekräftigt. Das Medienausbildungszentrum in Luzern (MAZ), also die schweizerische Journalistenschule und führendes Schweizer Kompetenzzentrum für Journalismus und Kommunikation, ist nicht nur für die Berufsbranche und die Medien wichtig, sondern auch bedeutend für den Standort Luzern und die Innerschweiz. Ich finde es verantwortungsvoll, dass die Regierung in den Antworten aktuelle politische Abstimmungsfragen inhaltlich und sachlich einzuordnen weiss. Wir als Stimmvolk haben am 13. Februar 2022 die Möglichkeit, ebenfalls gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen und mit dem nötigen Weitblick umzusetzen und so die Medienförderung konkret zu unterstützen.

Vroni Thalmann-Bieri: Es ist immer gut, wenn solche Anfragen gestartet werden, um die Meinung zu einer bevorstehenden Abstimmung zu äussern und Werbung zu machen, gerade wegen Fake News. Aber was sind Fake News, Falschmeldungen? Nichts sagen, kann auch eine Falschmeldung sein, deshalb sage ich etwas dazu. Mit keinem Wort werden der «Rontaler», die «Wochen-Zeitung für das Emmental und Entlebuch» und ganz viele andere wertvolle, regionale Informationsorgane erwähnt. Genau diese Lokalzeitungen bringen nämlich in alle Haushalte ohne Abonnement sehr gut recherchierte Beiträge und auch Werbung des Gewerbes. Diese werden so nicht überleben können und genötigt, auf das Abonnenten-System umzusteigen und den Weg «Informationen für alle» zu verlassen. So können sie aber nicht mehr alle Haushalte erreichen. Ist das nicht im Sinn von Kanton und Gemeinden, wenn die Lokalzeitung in jeden Haushalt kommt? Abonnierte Zeitungen sind nie flächendeckend, was einen Informationsverlust bedeutet. Werden solche Zeitungen,

die für alle zugänglich sind, diskriminiert, ist das für mich als Sozialvorsteherin nicht tolerierbar. Diese unabhängige Berichterstattung ist ein grosser Vorteil und bringt Vertrauen für alle Leser. Wir können so viele kluge Menschen in Bern eine solche diskriminierende Vorlage verabschieden? Ich freue mich, wenn die Abstimmung zum Mediengesetz trotzdem ein Nein bringt und die zusätzlichen Fördergelder neu und gerecht verteilt werden und dann vor allem wirklich jenen zugutekommen, die lokale Informationen und Beiträge liefern. Journalismus ist Journalismus, da kommt es wirklich nicht auf die Verteilart an. Man hat die Kleinen fallen lassen und die Grossen berücksichtigt. Sogar Sonntagszeitungen unterstützt man noch, aber keine regionale und lokale Zeitung gibt eine Sonntagsausgabe heraus. Gut betuchte Menschen können sich ein Abonnement leisten und sind nicht auf Gratismedien angewiesen. Es gibt aber auch noch die anderen. Das Mediengesetz fördert neu innerhalb der Bevölkerung eine Zweiklassengesellschaft. Diese Förderung ist wettbewerbsverzerrend und gefährdet den Fortbestand lokaler Zeitungen. Das sind keine Fake News. Es sollte ein Nein eingelegt werden, dann können die Gelder gerecht verteilt werden, denn die 136 Millionen Franken, die bis jetzt geflossen sind, fliessen auch weiterhin.

Rahel Estermann: Ich bin beeindruckt von der Abstimmungswerbung. Ich werde ein Ja einlegen, aber ich möchte in meinem Votum eher über die Abstimmung hinausschauen und nicht einfach darüber sprechen. Ich danke dem Regierungsrat für die Auslegeordnung, für das Stimmungsbild zur Luzerner Medienlandschaft vor dieser Abstimmung. Grundsätzlich stehen wir an einem Punkt, an dem sich eine Illusion in der Gesellschaft auflöst, nämlich dass journalistische Information selbst ein funktionierendes Geschäftsmodell ist. Das mag in wenigen Ausnahmen funktionieren, aber eigentlich hat man Journalismus schon immer mit Inseraten finanziert. Diese Einnahmen fliessen aber nicht mehr wie früher, und die wenigen Einnahmen bei den grossen Medienhäusern sind nicht mehr da, um den Journalismus querzufinanzieren. Dafür braucht es heute andere Mittel. Das Medienpaket macht hier ein befristetes Angebot. Dieses soll die Transformation ins digitale Zeitalter fördern. Ich unterstütze dies, wir brauchen neue Geschäftsmodelle. Für diese Geschäftsmodelle gibt es verschiedene Ideen, und ich fand es interessant, dass der Kanton in seinen Antworten auf das sogenannte «Leistungsschutzrecht» verweist. Dieses bedeutet, dass grosse Technologieplattformen in Zukunft eine Abgabe zahlen für das Verbreiten von journalistischen Artikeln. Die Hoffnung, dass hier der grosse Geldbach aus den USA fliessen wird, sollte man nicht zu hoch hängen. Das Leistungsschutzrecht gibt es schon in verschiedenen Ländern, und es hat noch nirgends dazu geführt, dass viel Geld geflossen ist, im Gegenteil. Das meiste war weiterhin gratis. Bitte schauen Sie also genau hin, wenn Ihnen in Zukunft jemand das Leistungsschutzrecht als Medienzukunft und Finanzierungsquelle anbietet. Trotzdem stehen die Medien in der Pflicht, sich auf die Socken zu machen für ein funktionierendes Modell, wie sie ihre Inhalte verbreiten wollen. Sollte das Medienpaket abgelehnt werden, stehen wir hier aber genauso in der Pflicht, dann müssen wir nämlich diskutieren. Wir müssen uns fragen, was uns eine funktionierende regionale und lokale Berichterstattung wert ist. Vroni Thalmann hat vorher diverse Zeitungen aufgezählt, die ich nicht alle kenne, aber sie haben eine wichtige Funktion. Sie müssen uns viel wert sein, denn ohne Lokalmedien gibt es keine lokale Demokratie. Es gibt keine gute Gemeindepolitik. Ohne Lokalmedien gibt es auch keine Präsenz für Ihren Musikverein, für Ihren Sportverein und für die Identität Ihres Dorfes oder Ihrer Stadt, und es wird schwer, das Funktionieren aufrechtzuerhalten. Unsere Lokalmedien sind eine unverzichtbare Infrastruktur für unser Zusammenleben. Ich hoffe sehr, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer das am 13. Februar 2022 auch so sieht. Falls nicht, müssen wir mit konstruktiven Personen aus der Luzerner Politik an einen Tisch sitzen und uns überlegen, wie wir die Rahmenbedingungen für die Lokalmedien stärken können. Wir müssen die Qualität und die Vielfalt der Medien sichern. Ich bin gespannt auf die Diskussionen.

Riccarda Schaller: Es wurde von meinen Vorrednerinnen schon sehr viel gesagt, und ich möchte Rahel Estermann beipflichten, die gesagt hat, die Medien müssten wie die meisten Unternehmen in eine neue Welt gehen. Bei den Medien ist das ein wenig speziell, weil sie in unserem Land für die Medienvielfalt und den Qualitätsjournalismus eine essenzielle Rolle

spielen. Das sind Grundbedingungen für eine funktionierende direkte Demokratie, wie wir sie in der Schweiz haben. Im Kanton Luzern haben wir eine solche Medienvielfalt, und wir müssen diese pflegen und zu ihr Sorge tragen. Darum ist es wichtig, dass über das Medienpaket abgestimmt wird. Ich gehe noch nicht darauf ein, was passieren würde, wenn dieses abgelehnt wird. Lieber sage ich noch kurz, warum die GLP das Medienpaket unterstützt. Es ist eine staatliche Förderung von Medien, welche unsere Vielfalt garantieren soll. Grundsätzlich ist diese auf sieben Jahre befristet. Das ist wichtig, weil es eine Stütze gibt in dieser schwierigen Zeit, in der verschiedenen Medien die Werbeeinnahmen wegbrechen, weil diese an grosse Unternehmen wie Google gehen. Es ist eine öffentliche Aufgabe, dass wir diese Veränderung so begleiten, dass am Ende nicht nur noch wenige Medien überleben, sondern eine Vielfalt und eine gute Qualität von Journalismus bestehen bleiben kann. Es braucht die begrenzte Unterstützung, damit die Veränderung von den Medien irgendwie mitgetragen werden kann und wir eine gewisse Vielfalt im Kanton beibehalten können. In diesem Sinn hoffe ich und die GLP auf grosse Unterstützung am 13. Februar 2022 für das Medienpaket.

Andreas Bärtschi: Einmal mehr sind wir überrascht, welche dringlichen Anfragen im Kantonsrat eingereicht werden. Am 18. Juni 2021 wurde das angesprochene Bundesgesetz in den eidgenössischen Räten beschlossen. Damals interessierten die gestellten Fragen offenbar niemanden. Anfang Oktober wurde dann das Referendum mit 113 000 Unterschriften eingereicht, doch weder zu diesem Zeitpunkt noch während der Oktober- oder Dezember-Session schien ein Handlungsbedarf zu bestehen. Was sich in der Zwischenzeit verändert hat, um nun eine dringliche Anfrage zu rechtfertigen, ist mir nicht ganz klar. Aber zum Glück müssen hier im Kantonsrat weder Werbefenster für Schmuckgeschäfte noch Werbefenster für nationale Abstimmungsvorlagen bezahlt werden. Unserer Meinung nach sind die Fragen durch den Regierungsrat korrekt und ausführlich beantwortet worden. Wir teilen die Meinung, dass wir im Kanton Luzern eine erfreuliche Medienvielfalt haben und zu dieser Sorge tragen müssen. Das Ziel von Bundesrat und Bundesparlament war es, mit dem Massnahmenpaket zugunsten der Medien die regionalen und lokalen Medien zu stärken. Leider verfehlt die nun vorliegende Vorlage dieses Ziel deutlich. Ein Grossteil der zusätzlichen 150 Millionen Franken geht an die grossen, rentablen Medienhäuser. Die vier grossen Medienkonzerne haben selbst im Corona-Jahr 2020 fast 300 Millionen Franken erwirtschaftet. Genau diese Medienhäuser gehören mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu den grössten Profiteuren. Aus diesem Grund lehnt eine Mehrheit der FDP das vorliegende Medienpaket am 13. Februar 2022 ab. Dies gibt Bundesrat und Parlament die Möglichkeit, eine Vorlage zu erarbeiten, welche wirklich bei den regionalen und lokalen Medienschaffenden ankommt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Medien haben eine wichtige Funktion in der Demokratie. Insbesondere für die Lokal- und Regionalpolitik sind die regionalen Medien sehr wichtig und leisten einen enormen Beitrag für die Meinungsbildung. Die Medienlandschaft unterliegt einer grossen Transformation, die Digitalisierung schreitet voran, und es fehlen Einnahmen von Inseraten, die sich hin zu den sogenannten «Techgiganten», zu Social-Media-Kanälen verschoben haben. Die Regierung hat die Fragen ausführlich beantwortet, ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme.